

Und was macht die GIZ?

Die Servicestelle für bürgergesellschaftliches und kommunales Engagement - Ein institutionelles Kuddelmuddel in der deutschen Entwicklungspolitik

Von Olesja Zimmermann (Praktikantin im EWNW und Studentin der Politikwissenschaft MA)

Nach der Fusion der staatlichen Durchführungsorganisationen GTZ, DED und InWEnt zur Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Januar 2011 soll nun eine „Servicestelle für bürgergesellschaftliches und kommunales Engagement“ in 100%iger Trägerschaft des BMZ geschaffen werden. Die neue Servicestelle soll ihre Arbeit Anfang 2012 in Bonn aufnehmen. Ihre zentrale Aufgabe wird es sein, die GIZ in ihrer Arbeit zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und als staatlicher Ansprechpartner für entwicklungspolitische Themen zu ergänzen. Offizielles Ziel ist es, die deutsche Entwicklungspolitik wirtschaftlicher zu machen, das zivilgesellschaftliche Engagement zu fördern, die Wirksamkeit der deutschen Entwicklungspolitik zu steigern und Koordinierung und Kohärenz der einzelnen Dienstleistungen und Verwaltungsverfahren zu garantieren. Darüber hinaus sollen in der neuen Servicestelle die Beratung, Begleitung, Finanzierung, Qualifizierung und Informations- und Bildungsarbeit organisiert und gefördert werden. Die Servicestelle soll in Form einer gGmbH als „BürgerMitmachZentrale“ in staatlicher Hand agieren und bestehende Programme zur Unterstützung von zivilgesellschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit unter einem Dach vereinen. Die einzelnen Mitwirkungsgremien und Themenbereiche der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt sollen unverändert bestehen bleiben.

Wie in anderen Regionen ist auch in Hamburg eine Regionalstelle geplant. Diese soll mit drei Personalstellen belegt werden. Allerdings ist noch unklar, was die Aufgaben dieser Stelle sein werden und wie das Verhältnis zum bestehenden Regionalzentrum der GIZ gestaltet wird. Zusammen mit dem Bremer entwicklungspolitischen Netzwerk (BeN) schlägt das EWNW Hamburg dem BMZ vor, eine der Personalstellen von Hamburg in Bremen anzusiedeln. Eine Rückmeldung des BMZs auf die Anfrage seitens der beiden Netzwerke ist noch ausstehend.

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter das EWNW, agl und VENRO kritisieren die zunehmende Einmischung und Steuerung durch den Staat und eine weitere Verstaatlichung der Entwicklungspolitik. Es fehlt an Transparenz über die Aufgaben der Servicestelle und der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Servicestelle. Somit fordern die einzelnen Organisationen mehr Pluralität und mehr Spielraum für ein eigenständiges zivilgesellschaftliches Engagement. Das Plädoyer von VERNO für eine zivilgesellschaftliche Trägerschaft wurde vom BMZ abgelehnt, denn die Entscheidungs- und Gestaltungshoheit über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit soll weiterhin beim Staat liegen. Ist es nicht paradox, das Motto „Mit der Zivilgesellschaft geht vieles – ohne sie fast nichts“ zu propagieren und gleichzeitig ein Engagement von oben zu verordnen und staatlich zu lenken?

Es ist richtig, dass jede Zivilgesellschaft einen gewissen Handlungsrahmen braucht, der vom Staat zu setzen und zu gewährleisten ist. Diese Rahmenbedingungen müssen eine absolute Freiheit und Eigenständigkeit der Zivilgesellschaft garantieren.

Wenn der Staatssekretär des BMZs, Herr Beerfeldt zivilgesellschaftliche Akteure als „politische Partner auf Augenhöhe“ bezeichnet und eine „enge Gesprächs- und Dialogbereitschaft“ zwischen Zivilgesellschaft und Staat propagiert, dann staunt man als zivilgesellschaftlicher Akteur über sein Verständnis von Zivilgesellschaft. Denn bei seiner positiv formulierten Darstellung geht es nicht um eine Eigenständigkeit der Zivilgesellschaft und eine gleichberechtigte Partnerschaft.

Die Zivilgesellschaft soll wortwörtlich „die Anstrengungen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll begleiten, tatkräftig unterstützen und gewinnbringend ergänzen“. Da haben wir es also: Es geht nicht um Freiheit und Gleichheit, sondern um Zweckmäßigkeit und Rentabilität. Es geht nicht um eine Zivilgesellschaft im Sinne eines aktiven, unabhängigen und selbstständigen bürgerschaftlichen Engagement.

Zivilgesellschaft wird hier als „Begleiter, Unterstützer und Ergänzender“ des Staates verstanden. Damit sind die Aufgaben und Rollen von Staat und Zivilgesellschaft doch klar und deutlich formuliert und die neue Servicestelle unter dem Deckmantel des bürgerschaftlichen und kommunalen Engagements aufgedeckt.

Stand: Oktober 2011

Quellen:

<http://www.inwent.org/ez/articles/192507/index.de.shtml>

<http://ber-ev.de/events/ber-netzwerktreffen>

<http://venro.org/index.php?id=1040>

<http://www.bmz.de/de/ministerium/50JahreBMZ/servicestelle/index.html>

<http://www.service-eine-welt.de/servicestelle/standard-servicestelle-buergerschaftliches-engagement.html>